

sten, auch nicht von der Zukunft des Christentums, sondern fast nur noch von der Zukunft der Kirche oder der Kirchen. Die Institution Kirche tritt auch über das Medium Zukunft klammheimlich an die Stelle des glaubenden Subjekts.

Es ist Zeit, unsere Rhetoriker wieder auf das Maß schlichter menschlicher Zustände zu bringen, dann lassen sich auch Reformen leichter in Gang setzen. se

Auf Bewährung

27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt

Auschwitz – kein anderer Begriff symbolisiert wie dieser die Schuld der Deutschen; der Name des Zwangsarbeits- und Vernichtungslagers in der Nähe von Krakau ist zum Symbolwort für den Judenmord, zur Chiffre für den Holocaust überhaupt geworden. Erst die grauenvollen Bilder aus Auschwitz zeigen das wahre Gesicht des nationalsozialistischen Regimes. Auschwitz ist zum Synonym geworden für das, was der Mensch dem Menschen antun kann. Von der (Medien-)Öffentlichkeit fast unbemerkt hat Bundespräsident Roman Herzog kurz nach der Jahreswende den Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee, den 27. Januar, zum „Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt. Er hat damit auch einen Wunsch erfüllt – Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte bei der Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen im April letzten Jahres die Einrichtung eines Gedenktages vorgeschlagen.

Sieht man einmal davon ab, daß ein solcher Gedenktag den Deutschen schon sehr viel früher gut angestanden hätte, war der Zeitpunkt für diese stille, aber damit auch sehr entschiedenen wirkende Proklamation überaus günstig: Nicht in, sondern nach dem

Jahr 1995, dem Marathon des Gedenkens, Erinnerns, Feierns, aber auch der teilweise würdelosen Debatten über das rechte Maß des Erinnerns und der Warnung vor dem Zuviel. Herzog begründete seine Entscheidung mit dem Hinweis, die Erinnerung dürfe nicht enden, auch künftige Generationen müßten durch sie zur Wachsamkeit gemahnt werden.

Lag aber die geringe Resonanz auf den neuen Gedenktag nicht schon möglicherweise in einem Erinnerungsüberdruß, in einer Gedenkjahrmüdigkeit, die immer den gefährlichen Wunsch in sich trägt, nachdem man das Gedenken pflichtschuldig und schuldbewußt abgehakt hat, endlich zur Tagesordnung übergehen zu dürfen? Wenn die Proklamation kurz vor dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizmann, der ihn auch in das Lager Sachsenhausen führte, als kleiner symbolischer Willkommensgruß gewertet wurde, ist dies sicherlich nicht von Schaden.

Die Wahl des 27. Januar aber besitzt, gerade weil der Name Auschwitz in diesem Maße zum Symbol geworden ist, eine kaum zu hinterfragende Plausibilität, scheint zugleich Ausdruck großer Sensibilität. Erinnert man sich etwa an die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der „Neuen Wache“ in Berlin, darf man fast froh sein, daß keine längeren Diskussionen, zumindest nicht nach bestimmten Öffentlichkeitsritualen vollzogen, der Entscheidung vorangegangen sind. Schräge Töne gab es – Gott sei Dank – keine. Hätte etwas mehr Aufregung aber nicht doch auch ihr Gutes gehabt?

Die Einführung des Gedenktages erfolgt auf Bewährung. Mit der Wahl dieses Datums hat sich Deutschland selbst einen Anspruch auferlegt, dem es erst gerecht werden muß. Ob es sich aber der Ernsthaftigkeit dieses Tages gestellt hat, beispielsweise der Tag im Leben des Landes und seiner Bevölkerung tatsächlich verankert wurde, wird sich erst nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren sagen lassen. Diesen Tag zu einem der vielen Gedenk- und Mahntage schrumpfen zu lassen – dies wäre

schlimmer als hätte es ihn nie gegeben. Es mag dabei viele Möglichkeiten des peinlichen Scheiterns geben: lustlos abgefeierte Trauerrituale, Wichtigtueri oder die Überlagerung des Tages von bestimmten politisch-gesellschaftlichen Interessen und Absichten, die Verzweckung des Erinnerns im tagespolitischen Alltagsgeschäft. Dem Bundespräsidenten, der kurz nach seiner Wahl nach Israel reiste, um die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Israel und Deutschland gerade auch gegenüber der eigenen Nation unmißverständlich zu unterstreichen, wird man bei dieser Skepsis durchaus verantwortungs- und zugleich stilvolle „Produkthaftung“, Sorge um den von ihm proklamierten Gedenktag zutrauen dürfen.

Bewähren muß sich Deutschland gegenüber diesem Tag nicht nur im öffentlichen Trauerritual. Die um ein nicht verzwecktes Erinnern verdiente Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste etwa, aber auch einige der Kommentare wiesen darauf hin: Die Ernsthaftigkeit des Gedenkens werde sich auch an konkreten Entscheidungen wie der über die derzeit debattierte Entschädigung der NS-Opfer in den baltischen Staaten und der ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiter messen lassen müssen.

Daß diese Rentenzahlungen etwa an deutschstämmige Juden in den damals von den Nazis besetzten Ostgebieten nun endlich – solange überhaupt noch Opfer leben – geleistet werden müßten, hatte die Bundesregierung bereits vor sechs Jahren versprochen. Aus Furcht aber vor einer allzu großen Belastung der Rentenkassen hatte es bis zum Jahreswechsel 95/96 Diskussionen über die Zahlungen gegeben. Kurz vor dem Besuch Weizmanns wurde jedoch betont, man werde die Abkommen, ohnehin erst im Frühjahr 1995 unterzeichnet, schnellstens nun auch im Bundestag ratifizieren.

Die Bewährung gegenüber dem neuen Gedenktag geht aber noch viel weiter. Präsident Weizmann hat dies in Sachsenhausen mit seinem Appell an die Jugend in Deutschland betont: „Lernt

aus der Vergangenheit, warum das Schreckliche geschah, wie es geschehen konnte und wie Ihr es in Zukunft verhindern könnt!“ fo

In der Schwebel

Kirche in Frankreich zwischen Papst und Bischof Gaillot

Ein Jahr nach der „Versetzung“ von Bischof Jacques Gaillot auf den Titularbischöfssitz Parthenia (vgl. HK, Februar 1995, 62) und ein halbes Jahr vor dem nächsten geplanten Frankreichbesuch Johannes Pauls II. befindet sich die Kirche in Frankreich in einem merkwürdigen Schwebelzustand. Wenige Tage vor Weihnachten empfing der Papst Bischof Gaillot zwar in Privataudienz – aber von wirklicher Versöhnung kann offenbar keine Rede sein, auch wenn das Gespräch allem Anschein nach nicht in unfreundlicher Atmosphäre verlaufen ist. Gaillot muß voraussichtlich seine bisherige Bleibe, ein von Obdachlosen besetztes Haus in der Rue du Dragon im 6. Pariser Arrondissement bald verlassen – wohin er dann gehen soll, weiß offenbar keiner, nicht einmal er selbst.

Aber damit nicht genug. Gaillots früherer Bischofssitz Evreux leidet unter einer Vakanz, deren Ende nicht abzusehen ist. Daß er wiederbesetzt wird, bevor eine Entscheidung über die weitere Verwendung von Bischof Gaillot gefallen ist, gilt als ausgeschlossen. Daß diese Frage noch über den nächsten Aufenthalt des Papstes in Frankreich im kommenden September hinaus ungeklärt bleibt, ist unwahrscheinlich. Aber wohin mit ihm?

Zum Zusammentreffen des Papstes mit Bischof Gaillot kam es nur, weil Rom auf früher erhobene Bedingungen für das Gespräch nicht weiter bestand. Als solche hatte man im vergangenen Jahr vor allem verlangt, daß Gaillot zuvor seine „Unterlassungen in bezug auf die pastorale Leitung, die kirchliche Communio und den Dienst am gemeinsamen Glauben der Kirche“

anerkennen müsse. Einer erneuten Bitte Gaillots vom Herbst letzten Jahres um ein Gespräch wurde diesmal entsprochen.

Und auch in einem zweiten Punkt hielt der Apostolische Stuhl nicht an einer ursprünglich erhobenen Bedingung fest. Der Vatikan veröffentlichte ein Kommuniqué über das Gespräch, in dem es hieß, der Nachfolger Petri habe Bischof Gaillot gegenüber die „Hoffnung geäußert, daß (dieser) sich immer mehr für den Dienst an der kirchlichen Gemeinschaft einsetzt“ – eine diplomatische Umschreibung der Feststellung, daß es nach Ansicht Roms in der Vergangenheit bei Gaillot genau daran gefehlt habe. Im weiteren insistiert der Text einerseits auf die Zustimmung eines Bischofs zur kirchlichen Lehre, streicht zugleich aber die Berechtigung des Einsatzes „für die Armen und an den Rand Gedrängten“ heraus.

Mit dem Empfang Gaillots durch den Papst hat Rom zwar ein Hindernis auf dem Weg zur Verbesserung der Beziehungen mit der Kirche in Frankreich aus dem Weg geräumt und sich insofern flexibel gezeigt – aber dies geschah nicht aus eigenem Antrieb bzw. weil man inzwischen den Fall Gaillot anders als zu Beginn des Jahres 1995 einschätzen würde. Vier Wochen nach der letzten Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz (vgl. HK, Dezember 1995, 680) berichteten ihr Vorsitzender und ihr Generalsekretär in Rom über die problematische Stimmung im französischen Episkopat und setzten sich für ein Gespräch des Papstes mit Gaillot ein; nur einige Wochen später kam es zustande. Daß es im Oktober obendrein einen Wechsel im Amt des Apostolischen Nuntius in Frankreich gegeben hat – neuer Nuntius ist der frühere Nuntius in Spanien, Erzbischof Mario Tagliaferri –, könnte in dem Zusammenhang auch von Belang sein.

Die Zeit drängt. Vor allem für den Apostolischen Stuhl. Am selben Tag, an dem der Apostolische Stuhl das bevorstehende Gespräch des Papstes mit Bischof Gaillot bekanntgab, veröffentlichte er einen *Brief des Papstes an die*

französischen Katholiken aus Anlaß des für den Herbst geplanten Besuchs von Johannes Paul II. in Reims, Sainte-Anne-d'Auray (Bretagne) und Tours. (Ein weiterer Besuch ist bereits für 1997 vorgesehen: Zu dem Zeitpunkt soll das Weltjugendtreffen in Paris stattfinden, an dem traditionell der Papst teilnimmt.)

Der Vorgang als solcher ist ungewöhnlich: Der Papst geht in seinem Brief mit keinem Wort auf die Vorgänge um Bischof Gaillot ein, auch nicht auf die für viele französischen Katholiken in den zurückliegenden Monaten massiv zum Problem gewordenen kommunikativen Verhältnisse in der Kirche.

Der Brief liest sich wie der Versuch, den aktuell zwischen Rom und Frankreich diskutierten Themen die nach Ansicht des Papstes wirklich wichtigen entgegenzustellen – in der Hoffnung, daß es auch diejenigen sein werden, die seine bevorstehenden Besuche prägen werden: der Reichtum des christlichen Erbes Frankreichs, der Umgang mit einer dem Glauben gegenüber distanzierteren säkularen Öffentlichkeit. Mit anderen Worten: Während man in Frankreich sich gewünscht hätte, etwas darüber zu lesen, wie sich der Papst künftig den Dialog in der Kirche vorstellt, geht Johannes Paul II. auf den Dialog mit den Nichtglaubenden bzw. denen ein, die sich dem Glauben gegenüber entfremdet haben.

Ob die vatikanische Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten. Absehbar scheint indes zu sein, daß Gesten wie das Gaillot-Gespräch und der Papstbrief als konzertierte Versuche, versöhnend und entspannend zu wirken, den 13. Januar 1995, den Tag der Amtsenthebung Gaillots, nicht vergessen machen können. Wer auf das Vergessen der französischen kirchlichen und nichtkirchlichen Öffentlichkeit hoffte, wurde in den vergangenen zwölf Monaten eines anderen belehrt. Die Lage hat sich nicht entspannt, sie hat sich „verschärft“ (*Henri Tincq*, in: *Le Monde*, 22.12.95). Und daß die kommenden Papstbesuche hiervon nicht nachhaltig überschattet werden, erscheint aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. nt